

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

29.5.1923 (No. 122)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Str. Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreis: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und  
an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, ungewollter Verbreitung  
und Reklamationen steht der Verlag fern. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von bösser Gewalt, Streik, Sperr, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten  
hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Untereinander Druckkosten und  
Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Das Garantieangebot der Großindustrie.

Als im Jahre 1868 in Japan die große Restauration des Mikadotums und damit die Ära der großen modernen Reformen begann, haben die bis dahin privilegierten Schichten des hohen und niederen Adels, der Daimyos und der Samurais, freiwillig auf ihre Vorrechte verzichtet, obwohl dieser Verzicht für die meisten von ihnen die Verarmung bedeutete. Das Vaterland stand diesen Männern höher, als das eigene Interesse, und sie zögerten nicht, dieses eigene Interesse auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer zu bringen. Sie haben damit die Bahn freigemacht für die Entwicklung Japans zur modernen Großmacht.

Bei uns sehen die Dinge im Augenblick leider etwas anders aus. Obwohl die Lage Deutschlands hundert Mai gefährlicher ist, als die Japans im Jahre 1868, obwohl Existenz und Zukunft des deutschen Volkes auf dem Spiele stehen, knüpft der Reichsverband der deutschen Industrie an seine Forderung von Garantien Bedingungen, die dem nationalen Opfergeist jener japanischen Samurais glatt ins Gesicht schlagen und die Bekundung einer Interessenpolitik verraten, wie sie, wenn man die augenblicklichen Umstände berücksichtigt, bedenklicher nicht sein kann. Das Schlimmste aber ist es, daß der Reichsverband geradezu erkennen läßt, daß er die Mitverantwortung ablehnen werde, wenn seine Bedingungen nicht erfüllt werden.

Diese Bedingungen lauten unter der schon allein sehr bezeichnenden Überschrift „Innere Wirtschaftsreformen“. Sie bezwecken die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus, sie fordern die Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Güterverteilung, Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft, sowie aller Demobilisierungsvorrichtungen, Verrückung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichtertum bei Wirtschaftsstreitigkeiten von allgemeiner Bedeutung, Änderung der jetzigen Steuererhebung, Ausweitung der Tariffreiheit bei Regelung der Arbeitszeit, offenes Bekenntnis von Regierung und Volk zu derartigen Grundfragen, sowie sofortige Verwirklichung derselben durch alle beteiligten Faktoren. Daneben werden noch andere allgemeine Forderungen genannt, über die sich durchaus diskutieren ließe, weil sie den Interessen der Gesamtheit entgegenkommen.

Selbstverständlich befinden sich aber auch unter den reinen Interessensforderungen manche, über die sich wohl reden ließe, wenn man dabei gewisse Modifikationen, Änderungen und Erleichterungen im Auge hat. Um solche Modifikationen handelt es sich aber für den Reichsverband der deutschen Industrie offenbar nicht. Er geht auf's Ganze, er wünscht die Unabhängigkeit und damit die Allmacht des Industriekapitals zu statuieren und trägt diese seine Machtpolitik auch formell in einem Tone vor, der von rücksichtslosem Streben nach Herrschaft über den Staat, nach Herrschaft über das Volk in seiner Gesamtheit zeugt.

Es ist ganz klar, daß sich in Deutschland keine Regierung und keine Parlamentsmehrheit finden wird, die sich und damit das ganze Volk dem Machtgebot der Großindustrie unterwirft. Und das Echo, das das Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie (wir drucken es weiter unten im Wortlaut ab) in Berlin bei den politischen Führern und bei der politischen Presse gefunden hat, läßt die Ablehnung dieser Politik des karlsruherischen Hochs deutlich hervortreten. Bei dieser Gelegenheit wird dem Reichsverband von den Vertretern der verschiedensten Parteien vor Augen gehalten, daß gottlob die ganze Frage der Garantien auf gesetzlichem Wege geregelt werden wird, und daß das Parlament schon dafür sorgen wird, daß für die Erledigung dieser Frage sozialere und vaterländischere Gesichtspunkte maßgebend werden.

Uns scheint dies der einzig richtige und zum Ziele führende Weg zu sein. Ganz zweifellos hat man in den letzten vier Jahren das Großkapital mit einer Nachsicht und Duldsamkeit behandelt, die vielfach unangebracht war, und der es zuzuschreiben ist, daß heute weite Schichten des Volkes die Politik der Regierung für die augenblickliche Herrscherstellung des Großkapitals verantwortlich machen.

Läuschen wir uns über den Ernst der Lage nicht! Selbst wenn das Großkapital im wesentlichen ohne Bedingungen jene Garantien übernehmen würde, hätten wir im Innern noch immer mit schweren Kämpfen zu rechnen. Diese schweren Kämpfe sind unvermeidlich, da sicherlich das Großkapital auch bei Übernahme jener Garantien versuchen wird, einen erheblichen Teil des von ihm übernommenen Risikos und etwaiger von ihm zu tragender Mehrkosten auf die breiten Massen des Volkes abzuwälzen.

Die Stunde der Entscheidung ist für Deutschland herangekommen. Entweder wir zahlen die Reparationen und leisten die nötigen Garantien und erhalten damit die Existenz des Reiches, oder wir zahlen nicht und leisten die nötigen Garantien nicht und ruinieren uns damit selbst. Entschließen wir uns zur Zahlung, so wird zur wichtigsten Frage die: Wer soll zahlen? Die Antwort scheint uns klar auf der Hand zu liegen. Es jöhren die zahlen, die zahlen können! Die Reichen sollen zahlen, und nicht die Armen. Das heißt das Großkapital wird zahlen müssen, und nicht die Masse der Festbedienten und Rentner, der kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen Bauern und der kleinen Unternehmer. Wenn die Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie aber überhaupt einen Sinn haben sollen, so ist es der, daß hier bereits versucht wird, die Basis zu schaffen für eine gründliche Abwälzung der Lasten von den starken Schultern auf die schwachen.

So kommen wir aber nicht vorwärts. So werden wir nie zur Wiedergewinnung gelangen. Die Stunde drängt. Die Großindustrie sollte sich warnen lassen durch die Vorgänge im Ruhrrevier, Vorgänge, die jeder beklagen und verurteilen wird, der sein Vaterland liebt, Vorgänge, die aber über Nacht erklärlich werden könnten, wenn man sieht, wie sich bei der Großindustrie das Streben nach Macht dermaßen rücksichtslos entfaltet. Wir können gesund, wir können wieder auf den grünen Zweig kommen — wenn das Großkapital seiner sozialen und vaterländischen Pflicht genügt.

Es gibt nicht wenige Politiker im Auslande, die heute schon ganz offen davon sprechen, daß sich die Bolschewisierung Deutschlands bei der Haltung der reichen Schichten, bei der Haltung des deutschen Großkapitals doch nicht vermeiden lassen werde. Bei dem Großkapital liegt die Entscheidung. Entweder geht es aufwärts oder abwärts!

### Die Sorgen des Faschismus.

Ein reines innerpolitisches Gewaltherrschaftssystem läßt sich im westlichen Europa nicht mehr durchführen. Die Volkswirtschaften können ihre Herrschaft eher darauf begründen, weil sie genau genommen nur eine bereits mit rücksichtsloser Polizei ausgestattete Selbstherrschaft abgelöst haben. Herr Mussolini sieht das ein, obwohl er die Organisation seiner eigenen Partei halb dem Moskau-Muster abgequodet hat. Der Faschismus regiert in Italien, indem er sich auf eine weitverzweigte militärische Organisation stützt, die neben und über dem Staat lebt. So herrscht die kommunistische Partei in Rußland mit dem Unterschied, daß sie die staatliche Armee selbst in Händen hat. Sie ist die eigentliche Trägerin der Staatsmacht, deren Organe von ihr die leitenden Gedanken und die Energie empfangen. Das „Politbüro“, in dem die führenden Köpfe die wichtigsten Entscheidungen treffen, ist das Herz der Partei. Ähnlich wirkt in Italien der „Gran Consiglio“ des Faschismus. Dort werden die Beschlüsse gefaßt, die Mussolini als Leitsätze in seine offizielle Politik übernimmt. Im Unterschied von Rußland besitzt Italien aber einen ausgebildeten demokratischen Verfassungsapparat, ein selbständiges Parteiwesen, eine öffentliche Meinung, die Mussolini bis jetzt nicht einfach zu ignorieren wagte. Im Gegenteil sein heißes Bemühen geht jetzt dahin, sich innerhalb dieser geistig-politischen Atmosphäre der Nation ein warmes Plätzchen zu suchen, auf dem er die Waffengewalt mit einer sicheren parlamentarischen Mehrheit vertauschen könnte.

Es ist zweifellos das leise pochende Gefühl einer inneren Unruhe, die den Faschismus auf diese Wege treibt. Wir möchten nicht den Eindruck erwecken, daß die Macht Mussolinis bereits unterwühlt sei. Sie besitzt noch das ganze Angebot ihrer „Schwarzhemden“, auch den persönlichen Reiz, den ihr Träger auf gewisse Kreise ausübt. Aber was jetzt schon deutlich sichtbar wird, das ist die Armut der Gedankenwelt, aus der sie ihre schöpferischen Triebe holen möchte. Es ist eine sinnliche Mischung von konservativ-patriarchalischem Staatsverständnis mit wirtschaftlichem Liberalismus, die uns genau um hundert Jahre zurückversetzt. Das Programm von Reformen in der Verwaltung, die Sanierung der öffentlichen Finanzen sind keine Ideen, die ein Privileg des Faschismus wären. Im Gegenteil, Herr Mussolini hat nur aufgetrieben, was von allen als notwendig erkannt war. Das hat ihm auch die „collaborazione“ der politischen Parteien gesichert. Aber eine

Partei, die sich als eine geschichtliche Notwendigkeit vorstellen möchte, muß einen eigenen geistigen Fruchtboden besitzen. Die stete Vereinerung des Patriotismus ist ein Marktflecken, das allerdings bei einem südlichen Temperament die Energien immer wieder aufstacheln kann. Aber die Partose ist nicht schöpferisch, sie ist nicht einmal stark genug, die Kräfte der Partei in völliger Geschlossenheit zu erhalten. Der Faschismus macht jetzt im eigenen Reibe eine starke Kriftis durch. Zuerst hat er wiederum wie die Bolschewiken in Rußland versucht, die Partei von allen Zugelaufenen und Mitläufern zu säubern. Aber das Säuberungswerk erlitt manche Hemmungen. Ähnlich ging der Kampf gegen die Freimaurer zu Ende. Mussolini stellte alle Mitglieder des Faschismus, die gleichzeitig Logen angehörten, vor die Wahl, sich für das eine oder andere zu entscheiden. Mit geringen Ausnahmen blieben die Freimaurer in den Logen und verließen die Fahne der Schwarzhemden. Neuerdings hat innerhalb der Organisation auch der Gegensatz zwischen Republikanismus u. Monarchismus wieder zu gereizten öffentlichen Auseinandersetzungen geführt. Die „Disziplin“, das Heiligste des Faschismus, kann eben das Geistige nicht dauernd in ihr Eisenhemd pressen. Diese Disziplin hält nicht einmal auf ihrem eigenen Gebiete im Hierarchismus der Parteioorganisation, stand. Der „Gran Consiglio“ sah sich genötigt, diese Organisation umzugestalten, um die zermürbenden Reibungen zu vermeiden. Die Chefs der Partei in den einzelnen Provinzen glaubten, eine direkte Aktion auf die Regierungsbeamten ausüben zu können, was zu schweren Konflikten führt. Es gab trotz des Duellverbots Duelle zwischen lokalen Führern des Faschismus. Der Organisator der nationalen Miliz, General de Vecchi, hielt in Turin eine Rede, die wie ein Pronunciamento gegen Mussolini selbst klang. De Vecchi will den Faschismus als absolute Gewaltherrschaft aufstufen. Der General der Miliz Balbo will schon die reguläre Armee durch die Miliz ersetzen. Mussolini hat diese Grundgedanken seiner ersten Adjutanten sehr unangenehm empfunden. Kleinere Streitigkeiten sind an vielen Orten ausgebrochen. Sie zeigen aber immer, wie widerwärtig es ist, eine Partei aus den verschiedenartigsten Elementen bilden zu wollen, die nur einzig waren, solange sie in Sturmtruppen an der Front standen. Zu den deutlichen Symptomen der inneren Zerteilung gehören die Vorgänge von Alexandria, wo sich die demagogischen Bestandteile gegen die Intellektuellen innerhalb der Partei auflehnten. Alle diese Streitigkeiten werden bis jetzt von den Disziplinarhöfen der Organisation leidlich beigelegt. Aber sie sind doch der Beweis dafür, daß es an einem wirklich einigenden Geiste fehlt.

Es steht außer allem Zweifel, daß Mussolinis immer schmieriger werdende Politik mit diesen Erscheinungen zusammenhängt. Er möchte die Fühlung mit den andern Parteien nicht verlieren. Nach dem Turiner Kongreß der katholischen Volkspartei, der „Popolari“, hat er zwar deren Vertreter im Ministerium entlassen. Aber im Parlament akzeptiert er die Mitarbeit der Partei, obwohl sie in Turin ihre geistige Scheidung vom Faschismus so stark betont und durch die Wiederwahl Don Sturzos zum Generalsekretär diese Haltung bekräftigt hat. Der „Kollaborazionismus“ der liberalen Partei ruht auf einer ähnlichen Grundlage. Die Liberalen, die noch im Ministerium vertreten sind, behalten ihre eigene Organisation. In ihrer Presse wird der programmatische Abstand täglich schärfer betont. Sie unterstreichen in öffentlich bekannt gemachten Resolutionen ihr Festhalten an der Verfassung, und Mussolini hat ihnen öffentlich versprochen, nicht an die Verfassung rühren zu wollen. Das heißt so viel, daß er die Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege ändern will. Wenn das in seinem Sinne geschehen soll, dann fehlt ihm allerdings eine gefähige Mehrheit. Diese Mehrheit sucht er durch eine Wahlreform zu erlangen. Mussolinis Gesetzentwurf ist noch nicht vorgelegt worden, offenbar weil die faschistische Partei selbst sich noch nicht über das vorzuschlagende System geeinigt hat. Die Faschisten müssen bis jetzt nur, daß sie die Proportionalwahl zu ihren Gunsten umgestalten wollen. Sie haben die barocke Idee, der steigenden Liste im voraus zwei Drittel der Sitze zuzusprechen und den Widerheiten dann zu gestatten, sich das letzte Drittel proportional zu teilen. Dabei soll das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bilden. Man sieht schon, daß damit auf eine Art Plebiszit für Mussolini hingearbeitet wird. Daß viele technische Bedenken entgegenstehen, ist klar. Denn dieses System würde dazu führen, daß eine Partei, die den Sieg davonzutragen hofft, eine Liste von mehreren Hundert Namen aufstellen müßte, die von jedem Parteigenossen im ganzen Lande unbeschten angenommen würde. Bis jetzt findet dieses Projekt im Parlament wenig Gegenliebe. Die Faschisten glauben, mit einem solchen System eine Mehrheit zu erlangen, wobei sie sich allerdings täuschen könnten. Denn diese Art Auswahl der Abgeordneten ließe doch auf eine Ernennung durch die Faschisten hinaus, die auf die Listen nur ihre eigenen Leute setzen würden. Das Schicksal der Wahlreform im Parlament wird ein Markstein werden in der inneren Entwicklung des Faschismus. Er muß dann zeigen, welche Wege er gehen will und welche Wege er noch gehen kann. (Frankf. Ztg.)

### Telegraphenverkehr im besetzten Gebiet.

Ein charakteristisches Beispiel für die Wirkung französischen Einflusses im internationalen Verkehr und für die Denkmärsart unserer Gegner in dem „friedlichen“ Kampfe an der Ruhr und am Rhein bietet ein uns hertogender Telegrammwechsel der deutschen Telegraphenverwaltung mit dem Zentralorgan des Welttelegraphenvereins, dem Internationalen Büro in Bern sowie mit der französischen Post- und Telegraphenverwaltung.



Wirdes, insbesondere der Wirtschaft fruchtlos sein und nur die letzte Hoffnung auf eine bessere Zukunft vernichten. Die Verantwortung für einen derartigen Fehlschlag zu übernehmen ist die Wirtschaft nicht in der Lage.

Bezeichnet: Sorge. Richter Ernst von Borsig, Peter Mödner, Neuch, Fritz Löffler, Carl Woch, Hans Kademmer, Riepert, Carl Friedrich von Siemens, Hugo Stinnes, Käppler, Duisberg, Kammers, Silberberg, Frank, Hans Jordan, Bickfeld.

Berlin, 28. Mai. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, ist für morgen der engere Vorstand des Reichslandbundes zusammenberufen worden, um die Frage einer Garantie der deutschen Landwirtschaft in einem ähnlichen Sinne, wie sie die Industrie bereits in dem Schreiben des Reichsverbandes vorgeschlagen hat, zu erörtern. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für nützlich, bei dieser Gelegenheit bereits ein Programm von Bedingungen zu skizzieren, von denen die Bürgerschaft der deutschen Landwirtschaft für bestimmte Reparationsleistungen abhängig gemacht werden dürfte, darunter die „Wiederherstellung der inneren Ordnung in Deutschland“. Was das Agrarblatt darunter versteht, kann man sich ungefährt vorstellen, wenn man sich an die Forderungen erinnert, mit denen der Reichslandbund vor bald zwei Jahren die Aufstellung des in Angriff genommenen Programms des Hilfsverbandes der Landwirtschaft begleitete.

### Protest gegen die Erschießung Schlageters

Berlin, 28. Mai. Der deutsche Geschäftsträger in Paris wurde beauftragt, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die französische Regierung ließ den Kaufmann Schlageter, gegen den das französische Kriegsgericht in Düsseldorf auf Todesstrafe erkannte, am 28. Mai erschießen. Der Tatbestand, der dem Urteil zugrunde liegt, ist der deutschen Regierung nur aus Pressemeldungen bekannt und kann von ihr nicht nachgeprüft werden. Gleichwohl, wie es sich damit verhalten mag, muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen Schlageter ebensowenig wie das Verfahren französischer Kriegsgerichte gegen andere Deutsche Anspruch erheben kann, als Rechtsverfahren angesehen zu werden. Die französischen Kriegsgerichte haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod der Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hoffte, daß sich die französische Regierung wenn nicht als Rechtsstaat, so doch aus Gründen der Menschlichkeit und um eine weitere Verschärfung der Lage zu vermeiden, bewegen lassen würde, von der Vollstreckung des Urteils Abstand zu nehmen. In diesem Sinne sind sofort nach dem Bekanntwerden des Urteils dringende Vorstellungen bei ihr erhoben worden. Die französische Regierung gab ihnen kein Gehör, entschloß sich vielmehr, den kriegsgerichtlichen Zwang gegen die Bevölkerung bis zum äußersten zu treiben und mit der Erschießung Schlageters einen Schritt zu tun, der nicht wieder gutgemacht werden kann.

Die deutsche Regierung protestiert fernerhin gegen diesen Mißbrauch der Gewalt, für den die französische Regierung die Verantwortung trägt.

### „Von Erzberger zu Stresemann“

Unter dieser Überschrift gibt Freiherr von Kesterlingk-Sternitz in der Kreuzzeitung Nr. 234 seinem stärksten Anliegen darüber Ausdruck, daß nunmehr auch der deutschparteiliche, d. h. nationalliberale Abgeordnete Stresemann in das Lager der entschiedenen Erfüllungspolitik übergegangen ist. Unter anderem schreibt von Kesterlingk:

„Dem aufmerksamen Beobachter konnte sehr bald nicht bezweifelbar werden, daß durch die Überbelastung der Volkskörper mit einem Krankheitsrisiko bedroht ist, der mit denselben Anzeichen beginnt, wie seinerzeit der erste Zusammenbruch, daß, wenn nicht der Arzt rechtzeitig und kräftig durchgreift, die Gefahr eines Wiederanstiegs genau derselben Krankheit zu befürchten ist, die dann aber einen tödlichen Verlauf nehmen mußte. Und wenn man dieses Mal nach dem Erreger forscht, so ist es der Name Stresemann, der den Erzberger-Krankheitszustand wieder zum schädlichen Wirken zu bringen scheint. Ein ebenso ehrgeiziger Mann, der sich sichtlich selbst vortäuscht, wie zur Lösung sein Tun zusammenfällt mit dem Volkswohl. Genau wie bei Erzberger beginnt auch er mit dem Streben nach Festlegung seiner unklaren Gedanken in einer parlamen-

tarischen Mehrheit, und wie im Juli 1917 die Mehrheitspartei zum gefährlichen Reheher der Lage wurden, die die Erzbergerischen Ideen in ihr Programm aufnahmen, so ist es heute mit der großen Koalition, deren Premier Stresemann aufgestellt hat. Die persönlichen Umstände sind bei beiden die gleichen: große Beeinflussung auf alle urteilschwachen und auf weiche Mittelmaßigkeit eingestellten Gemüter. Und eine weitere gleiche Erscheinung sehen wir heute wie damals: verführerischer Widerspruch in der nächsten Parteiumgebung, Kräfte zwischen rechtem und linkem Flügel innerhalb der eigenen Partei, letzten Endes Weggleiten des Schwerpunktes nach links. Alles in allem die gleichen Anzeichen der Entwicklung.“

Es ist allerdings, wie der „Badische Beobachter“ schreibt, von Bedeutung, daß immer mehr politisch denkende Kreise von rechts sich zu ähnlichen Gedankengängen bekennen wie Erzberger und nach ihm Wirth. Und wir können uns wohl denken, daß gewisse rechtsradikale Kreise, die in Erzberger einen Landesverräter sehen wollten und seiner Ermordung mehr politische Sympathie als menschliche Teilnahme entgegen brachten, entsetzt sind, wenn sie sehen, daß die Sturmflut der Zeit immer mehr von dem Boden der Illusionen wegschwemmt, auf dem sie selber schon lange stehen. Aber diese Kreise kommen eben nicht auf den Gedanken, sie selber könnten Anrecht haben; daß sie selber recht haben, ist vielmehr die Voraussetzung ihres ganzen Denkens und Handelns und Schreibens. Und doch wissen sie kein Mittel, das uns helfen könnte, als immer wieder das bloße Durchhalten, das im Osten ja verhältnismäßig leicht sein mag, mit dem wir aber den Krieg zur Katastrophe geführt haben, weil das Durchhalten leider eben nicht vom Kommando abhängig ist.

Wir müssen allerdings durchhalten, aber wir müssen auch politisch handeln, damit das Durchhalten nicht zur inneren und äußeren Katastrophe wird. Nichts ist unphysiologischer und weiter von einem Verständnis der leidenden Volkseele entfernt als der schwarze deutsche nationale Ton. Und dabei erleben wir immer wieder, wie gewisse wirtschaftlich starken Kreise in Deutschland verlangen, wie es bei der letzten Weisenau-Debatte wieder der Fall war, während die wirtschaftlich nicht starken Kreise der Arbeiter und Beamten geduldig die gewaltige Last des vaterländischen Opfers tragen.

Hamburg, 27. Mai. Die Hamburger Deutschnationalen haben sich auf ihrem Landesparteitag auffallend scharf gegen Dr. Stresemann und die Deutsche Volkspartei gewandt, so daß der volksparteiliche „Hamburger Korrespondent“ entsetzt von unerhörten Angriffen von geradezu beleidigender Schärfe spricht. Angriffe, die physikalisch nur zu erklären seien, wenn man sie als Ausdruck innerer Parteischwierigkeiten mit dem völkischen Flügel ansieht. In der Tat erklärte der erste Vorsitzende der Deutschnationalen Landespartei, Herr Dr. Stresemann, beute eine Gefahr für das Vaterland, ebenso wie ein Weismann, Erzberger und Wirth. Dem Reichsanwalt müsse man zurufen: „Cuno werde hart und hütet dich vor Stresemann!“ Man nahm dann noch eine Entschließung an, die der Erwartung Ausdruck gibt, daß das Kabinett Cuno den Einflüssen des Herrn Dr. Stresemann ebenso fest wie denen der Sozialdemokratie gegenüberzutreten werde. Interessant war auch die Stellungnahme der hiesigen Deutschnationalen zur völkischen Frage. Es wurde „mit dem nötigen Vornehmheit“ festgestellt, daß die Deutschnationalen völkisch seien, und dementsprechend ein Antrag angenommen, in die Statuten den Satz einzuschalten: „Juden können die Mitgliedschaft nicht erwerben.“

### Kurze Nachrichten.

London, 28. Mai. Baldwin wurde heute einstimmig zum Führer der konservativen Partei auf der unter dem Vorsitz von Lord Curzon abgehaltenen Zusammenkunft der Partei im Hotel Cecil gewählt. Es waren 250 Mitglieder des Unterhauses und 80 Mitglieder des Oberhauses anwesend. Lord Birkenhead und Chamberlain waren, wie erwartet, nicht zugegen, aber vier unionistische ehemalige Minister, darunter Horne und Sir Borchgrevink Evans, der das Amt des Generalpostmeisters im neuen Kabinett angenommen hat. Er ist der erste unionistische Minister, der in die neue Regierung eintritt.

Paris, 28. Mai. In einer Rede vor ehemaligen Kriegsteilnehmern in Chalons sur Marne erklärte Kriegsminister Maginot zur Ruhefrage: Unser Druß, den wir durch die in dem neubefestigten Gebiet getroffenen Maßnahmen wirtschaftlicher Art auf Deutschland ausüben, wird erst aufhören, wenn

Deutschland seinen Widerstand eingestellt und uns von den notwendigen Garantien begleitet annehmbare Vorschläge gemacht hat. Aber aufhören, unseren Druß auszuüben, bedeutet nicht, daß wir aufhören, das Ruhrgebiet besetzt zu halten. Druß und Besetzung sind zwei sehr verschiedene Dinge. Das Ruhrgebiet werden wir, wie die französische und belgische Regierung es in Brüssel erklärten, nur gegen geleistete Zahlungen und nach Abgabe selbst der ungeleiteten Zahlungen räumen.

Stockholm, 28. Mai. Der Landesausschuß der Liberalen Partei in Schweden nahm gestern mit 77 gegen 58 Stimmen einen Antrag Elman an, der sich für eine positivere Stellungnahme der Partei zur Frage des Alkoholverbotes ausspricht. Die Minderheit stimmte für einen Antrag Eden, der die Frage des Alkoholverbotes für nicht aktuell erklärt. Als Folge dieser Abstimmung sind etwa 40 Mitglieder des Landesausschusses mit dem Ministerpräsidenten a. D. Landeshauptmann Eden an der Spitze aus der Partei ausgetreten und haben später in einer Sonderversammlung beschlossen, eine neue liberale Partei zu bilden.

Dresden, 28. Mai. Gegen 8 Uhr sammelte sich eine nach vielen Tausenden zählende Menge vor dem Polizeipräsidium. Richtig fielen aus der Menge heraus Schüsse auf die Polizeikette, die vor dem Präsidium aufgestellt genommen hatte. Außerdem rollte man Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen und verbarrikadierte sich hinter ihnen. Dann aber zog die Menge wieder ab, und zwar nach der Bettiner Straße, wo sie gegen 10 Uhr einen Waffenschatz plünderte. Man rief die Polizei herbei, die mit Schüssen empfangen wurde. Die Polizei erwiderte das Feuer. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Bei den Demonstranten soll es, was sich augenblicklich nicht nachprüfen läßt, sieben Tote gegeben haben. Unter der Polizei hat es schon bei dem Zusammenstoß vor dem Polizeipräsidium einige Verletzte gegeben.

### Badischer Landtag.

#### Das Hinterlegungs-gesetz.

Im Landtag wird in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf zur Beratung kommen, der Änderungen des Hinterlegungs-gesetzes vorschlägt.

Öffentliche Hinterlegungsstellen waren bisher in Baden die Finanzämter. Schon früher war erzwungen worden, Gerichtsstellen mit der Aufgabe der Hinterlegungsstellen zu betrauen, weil weitaus die meisten öffentlichen Hinterlegungen im gerichtlichen Verfahren stattfinden. Gegen Sicherheitsleistung wird z. B. ein Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt; gegen Sicherheitsleistung wird ein Angekluldigter von der Untersuchungshaft befreit. Solche Gerichtsstellen bestanden aber in Baden nicht, da die Erhebung der Justizgebühren durch die Steuereinnahmestellen erfolgte und hierin eine Änderung nicht eintreten sollte. Inzwischen sind die Finanzämter mit der Änderung des Steuerwesens auf das Reich übergegangen, und die Steuereinnahmestellen werden eingezogen; die Finanzbehörden sind mit eigenen Aufgaben beauftragt, auch die Geschäfte, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören, ihnen möglichst abgenommen werden sollten. Die Erhebung der Justizgebühren ist seit 1. Januar 1923 allgemein besonderen Justizstellen bei den einzelnen Amtsgerichten übertragen worden, und damit sind nun auch Stellen vorhanden, welche die mit der öffentlichen Hinterlegung verbundenen Geschäfte besorgen können. Der Entwurf schlägt daher vor, den Justizstellen die Geschäfte zu übertragen, die bisher die Finanzämter besorgten.

Die übrigen Änderungen des Gesetzes sind lediglich Folge-erungen aus diesem Vorschlag oder sollen die Möglichkeit schaffen, das Verfahren in Hinterlegungs-sachen möglichst leicht den Bedürfnissen des Verkehrs anpassen zu können.

### Badische Übersicht.

Manheim, 29. Mai. Das Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist heute früh von den Franzosen besetzt worden. Der Betrieb ist still gelegt.

DZ. Ludwigschafen a. Rh., 28. Mai. Am 25. Mai wurden von den Franzosen 18 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und 30 Kindern ausgewiesen.

### Vortrag Holl.

Im Auftrage des Theaterkulturverbandes hielt aus Anlaß der bevorstehenden Aufführung von Sternheims Komödie „Bürger Schippel“, Professor Dr. Holl am Sonntag Vormittag in der Wandelhalle des Landes-Theaters einen Vortrag über: Die Komödie der Gegenwart. Mit seiner ebenso vorzüglichen Rednergabe, wie klarer Disposition, verstand es Professor Dr. Holl mit seinem Vortrag die aufmerksamen, zahlreichen Zuhörer in die Geschichte des bürgerlichen Schauspielers der Gegenwart (etwa seit 1850) einzuführen. Die ursprünglichen Anfänge aufführend und insbesondere auf Otto Erich Schulze näher eingehend, würdigte der Vortragende in handlungsreicher Prägnanz das Schaffen des Impressionisten Wedekinds, des Anführers der neuen literarischen Epoche. Aber Wedekind ist schon viel geschrieben worden, aber die trotz ihrer Kürze erschoßende Charakteristik von Holl findet man kaum anderswo. Aber er verkennt auch nicht die Schwächen, zu denen Wedekind durch seinen Fanatismus verleitet wird und die ihn das erhoffte Ziel nicht erreichen ließen. So verlor er in Pessimismus und blieb sich in allen Werken, sich nicht auf steigender Linie entwickelnd, immer derselbe.

In seiner Nachfolge teilen sich Sternheim und Georg Kaiser, von denen der erstere auch schon den Höhepunkt seines Schaffens überschritten zu haben scheint. Seine neueren Schöpfungen 1920/22 zeigen nicht mehr den jungen Stürmer. Auch er wird, wenn auch in etwas anderer Richtung als Wedekind, der das Sexuelle in den Vordergrund seiner Problematik stellte, blinder Fanatiker, der gegen die ganze moderne Gesellschaftsordnung, insbesondere gegen das Wilhelmische Zeitalter, mit blindem Fanatismus wütet. Seine Figuren haben nichts menschliches mehr, es sind oft unmögliche Puppen, Marionetten. Seine Satire verliert den Humor und wird zur Bosse, mit überlatifiziertem Scheinwesen. Gerade der „Bürger“, der immer etwas anderes sein will, als er ist, sich anders geben will, als er kann, und der darum von je für die Komödie einen dankbaren Stoff gab, verliert in der Sternheimischen Behandlung die humorvolle Bühnenerleuchtung.

Genialischer, himmelstürmender, ist Georg Kaiser, von dem ja auch schon Werke auf der hiesigen Bühne gebracht worden sind und den Holl am nachfolgenden würdigte. Er steht Wedekind stofflich durch das Ergeißel-Motiv, das im fleischlichen, im Verhältnis von Mann und Weib das materielle, Bedeugende des Weltgetriebes zu finden glaubt, näher, überhüpft ihn aber in der Phantasie seiner Gestaltung, im sicheren genialen Aufbau und an gebaltigem Reichtum.

Sternheim und Kaiser, als reine Ausdruckskünstler, finden für ihre Werke auch eine neue Sprache, die alles nebensächliche wegläßt, telegraphisch klar, gewissermaßen nur mit Schlagworten arbeitet und damit die Dynamik des Schauspiels wesentlich steigert. Diese neue Sprache ist es aber auch, die den Hörer und Leser dieser Werke — abgesehen von den expressiv-nüchternen Weltanschauung — oft fast abtötet und das Verständnis erschwert.

Die großen Künste, die Holl in der Entwicklung der Komödie der Gegenwart gezeichnet hat, so klar und so überreichlich, werden dem Hörerkreis das Einbringen in die von diesen drei bedeutenden modernen Satirikern geschaffenen Dichtungen wesentlich erleichtern.

Wie bei allem Expressionismus ist die autoritative Hö-Auf-fassung des Künstlers für die Problemgestaltung grundlegend. Konvention und Tradition werden bekämpft, das Seelische durch das rein geistlich-subjektivistische ersetzt. Damit werden aber die Figuren der expressionistischen Dichter, wie diese selbst, seelenlos, in einzelnen Willensäußerungen sich zerschellen-gende, unharmonische Gestalten, die sich in der Vielheit ihrer Willensrichtungen verlieren, deren Tun und Lassen nur von persönlichem Standpunkt — und persönlichem Vorteil geleitet wird. Wir stehen hier noch am Anfang einer neuen literarischen Richtung in der Komödie, deren Forderungen in den Werken der genannten Dichter noch nicht erfüllt sind. Aber immerhin lassen sich hier, wie Professor Dr. Holl in so vorzüglicher Weise darzulegen suchte, Entwicklungen feststellen, die zu neuen Zielen und Erscheinungsformen auf dem Gebiete der modernen Komödie führen.

### Buchkritik.

Der Kommunismus. Erzählungen. Von Otto Gmelin (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt). — Ein neuer deutscher Erzähler von Bedeutung tritt mit diesem Buch vor die Öffentlichkeit. Und es erscheint als kennzeichnend für seine Einstellung zu der Zeit, in welcher er lebt, daß er sein Erzählwerk dem Abschnitten, das ja in dieser Epoche kultureller Wandlungen eine so besondere Rolle spielt, gewidmet hat, daß es phantastische Geschichten sind, in denen er seine schöpferische Begabung erstmalig verlaublich. Kommunismus — das ist in diesen Erzählungen ein geheimnisvolles, missing link zwischen Mensch und Tier, dessen Herkunft besorgen bleibt, dessen Wirkung aber von einer Gutartigkeit ist, die auch der ärgsten Freveltat widersteht, ja, sie vorwiegend zum Scheitern bringt. Sein Bild ist von einer so kindlichen

Reinheit und so übermenschlichem Wissen erfüllt, daß er als das Widerspiel des bösen Böses angesehen werden darf, und der Mensch, dem das gespenstisch-drollige Wesen sich aus Gründen dieses Wissens, dieses tiefsten Schauens in das Innere des Daseins, als Begleiter anschließt, besitz in ihm einen Schutzgeist, dem er die Rettung aus mancher Gefahr verdankt. Solche Vorfälle werden nun in diesem Buch beschrieben, vielmehr, im besten Sinne des Wortes: erzählt. Vom dreißig-jährigen Krieg bis zur Gegenwart erstreckt sich die Zeit, in welcher sie sich abspielen, und es zeugt für den Umfang der Begabung Gmelins, daß er das Zeitlorenz nicht nur in den äußeren Kulturerscheinungen, sondern auch in der inneren Verfassung der handelnden Personen zu spiegeln und festzuhalten weiß, und zwar dergestalt, daß es zuweilen ausreicht, als habe er seine Geschichten um der Gestaltung des betreffenden Zeitbildes und nicht des freundlichen Dämons willen geschrieben. Denn dieser tritt gar nicht selten hinter der Schilderung des Zustandes und der Umgebung der handelnden Personen zurück und nur in entscheidenden Augenblicken wieder hervor, worin freilich ein Teil seines charakteristischen Wesens zum Ausdruck gelangt. Als Schutzgeist kann er sich ja eben nur in der Gefahr bewähren und auch nur dann die Dankbarkeit, die ihn nach einer erfahrenen guten Tat jeweils in die stumme, todschlafhafte heitere und beruhigende Gefolgschaft des Menschen zwingt. So eignet diesen Erzählungen doch etwas durchaus Märchenhaftes, und daß sie ungeachtet dessen so außerordentlich glaubhaft, ja geradezu plastisch wirken, zeugt für die künstlerische Gestaltungs-kraft des Dichters, der sie geschrieben hat. Er hat sie geschrieben mit einer un-terrichtlichen Sachlichkeit, welche der Diktion eine Art von kristallener Härte gibt, worin doch zugleich tausend Farben glühern. Das Getümmel des großen verheerenden Krieges, das flackernde Leben auf dem polnischen Odeshof, das prunkvolle Gehen der französischen Artillerie am Rande der Revolution, die vergiftende Wirkung tropischer Klimate — die verschiedensten Zeiten sonach, Landschaften und Menschen erfahren alle eine gleich starke sprachkünstlerische Formung, die bei aller Schärfe der Herausarbeitung doch von den wilden besten Leidenschaft der Liebeserfahrung durchglüht ist. Da kann es am Ende keinem Zweifel unterliegen, daß Otto Gmelin ein literarischer Name ist, der in der Geschichte der deutschen Erzählkunst mit Rang beileidet werden wird, wenn das Schaffen seines Trägers in der Richtung weiter sich entwickelt, die „Der Kommunismus“ mehr als andeutend scheint.

Will Scheller, 1

# Wirtschaftliche Wochenschau nach dem Stand vom 25. Mai 1923.

In dem unter dieser Überschrift gestern hier abgedruckten Korrespondenz-Artikel des Nachrichtenbüros des Vereins Deutscher Zeitungsverleger befinden sich einige, völlig deplazierte Sätze, deren Sinn zwar nicht ganz klar ist, die aber doch offenbar Kritik an der Ernährungspolitik der Arbeits- und Ernährungsministerien üben sollen. Wir hatten diese Sätze gestrichen. Leider sind sie infolge eines Versehen stehen geblieben. Wenn in einem dieser Sätze von der Möglichkeit „gewaltsamer Auswege“ aus dem Elend der heutigen Wirtschaftslage gesprochen wird, so ist das eine Äußerung, die gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Gewalttaten können und werden das wirtschaftliche Elend nur noch vergrößern und verschlimmern. Wer aber bei uns im Süden Kritik an der Ernährungspolitik übt, der vergesse nicht, daß diese ganze Frage im wesentlichen zur Kompetenz des Reiches gehört, daß also die Länder von sich aus gar nicht die Möglichkeit haben, selbständig regelnd einzugreifen. — Von dem Karlsruher Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wird uns übrigens mitgeteilt, daß es jene Sätze auf tiefe Bedauer; sie stammen von einem gelegentlichen Mitarbeiter und haben nur durch ein Versehen Aufnahme in das Korrespondenzmaterial gefunden.

## Zur Tarifierhöhung.

Vom 1. Juni 1923 werden die Tarife der Reichsbahn wie folgt erhöht:

Einheitsätze für 1 Kilometer: 1. Klasse 200 M., 2. Klasse 100 M., 3. Klasse 50 M., 4. Klasse 33 M.

Anfrundung der Fahrpreise: Bis 10 000 M. auf 100 M., bis 20 000 M. auf 500 M., höhere Beträge auf 1000 M.

Schnellzugszuschläge:	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.
Zone I für 1-75 km =	4 000	2 000	1 000
Zone II für 76-150 km =	8 000	4 000	2 000
Zone III über 150 km =	12 000	6 000	3 000

Gepäckfracht: 8 M. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer, mindestens 800 M. Aufzahlung auf volle 100 M.

Die Expressaufgabe entspricht dem um 60 v. H. erhöhten Gültartarif. Aufzahlung und Mindestfracht wie Gepäc. Der Preis der Bahnsteigkarten beträgt 200 M., der Fahrkartenticket 700 M.

Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 29.-31. Mai gelöst werden, kann die Fahrt an einem beliebigen Tag innerhalb der vierstündigen Geltungsdauer, also gegebenenfalls auch noch nach dem 1. Juni angetreten werden. Das Gleiche gilt für Doppelkarten und Fahrkarten zur Fahrt in umgekehrter Richtung. Eine Verlängerung der vierstündigen Geltungsdauer der Fahrkarten tritt hierdurch nicht ein. Die festgesetzte Geltungsdauer der Fahrkarte des Mitteleuropäischen Reisebüros wird nicht beschränkt. Mit den Festen, die mit einem Datum vor dem 1. Juni abgestempelt sind, muß aber die Reise spätestens am 3. Juni angetreten werden.

Fahrkarten, deren Gültigkeit vor dem 1. Juni beginnt und sich über diesen Tag hinaus erstreckt, können zu den beim Reiseantritt maßgebenden Preisen und Beförderungsbedingungen bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit weiter benutzt werden. Im Mai gelöste Bahnsteigkarten dürfen zum Betreten der Bahnsteige ab 1. Juni nicht mehr benutzt werden.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 28. Mai. In einer Grobhand an den Pflanzen wurde vor einiger Zeit, lt. „Mannh. Gen.-Anz.“ ein Geldbrief mit 186 englischen Pfund, nach dem damaligen Wert über 18 Millionen Mark entwendet. Es gelang der Kriminalpolizei kürzlich den Täter auszuforschen. Es ist ein gewisser Rudolf, der als Gelbhändler bei der Bank angestellt war. Er wurde verhaftet. 128 Pfund konnten wieder beigebracht werden.

DZ. Naboltsell, 28. Mai. (Bürgerauskunft.) In der letzten Bürgerauskunft wurde der Gemeindefiskus für Hundesteuer auf das Ende des jeweiligen staatlichen Steuerbetrages festgesetzt. Die Hundesteuer kommt somit auf 27 000 Mark zu stehen. Auf Grund einer weiteren Vorlage werden die veralteten Kessel der Dampfheizung im Legginger Schulhaus mit einem Kostenaufwand von rund 50 Millionen Mark durch neue ersetzt.

## Aus der Landeshauptstadt.

Die Mathenan-Demonstration. Gestern vormittag 9 Uhr begann vor der Strafkammer I die Verhandlung gegen 15 Personen, die angeklagt sind im Juni v. J. anlässlich der Mathenan-Demonstration Ausschreitungen begangen zu haben. Wie immerlich, zogen nach der imposanten, ruhig verlaufenden Demonstrationen Trupps junger Leute durch die Straßen und verlangten vor allem Befreiung der Schilder mit den alten

großherzoglichen Hoheitszeichen. Dabei kam es vor dem Büro der Deutschnationalen Volkspartei zu Ausschreitungen. Das Fenster wurde zertrümmert, Möbel wurden herausgeworfen und zerstört usw. Auch in anderen Teilen der Stadt kam es zu Ausschreitungen. Wegen dieser Ausschreitungen haben sich heute 16 Personen wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Kirsch. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Ederer. Verteidiger sind die Rechtsanwältin Marum, Geier und Weil-Ludwigshafen. Von den Angeklagten hatten sich 13 eingefunden. Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurden die Angeklagten vernommen. Die Vernehmung war um 12 Uhr beendet.

## Literarische Neuerscheinungen.

G. Portigliotti: Die Familie Borgia. Alexander VI. César. Lucrezia. Mit 14 Abbildungen nach Kunstwerken der Renaissance. (Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart.) — Nicht am alte, längst bekannte Standale der Geschichte von neuen aufzurühren, ist dieses Buch über die Borgia geschrieben worden. Auch nicht als Apologie: Im Gegenteil: Der Verfasser führt eine scharfe Klinge und geht allen zu Leibe, die versuchen wollen, zu vertuschen, was diese Renaissance-Menschen verbrochen haben, und was sie für alle Zukunft brandmarken wird. Sie waren vielleicht nicht anders als manche hohe Herren jener Epoche, aber sie waren Emporkömmlinge, die nach Macht und Reichtum lechzten und mit Gift und Dolch alle, die ihnen bei diesem Ziele im Wege standen erbarmungslos beiseite räumten. So scharf auch der Verfasser mit Alexander VI. mit César und Lucrezia Borgia ins Gericht geht, bemüht er sich doch, ihre Verbrechen, ihre sittliche Verkommenheit zum Teil wenigstens auf physische Ursachen, auf Momente der Degeneration zurückzuführen. Das gute und zum Teil unbekannte Bildmaterial zeichnet dieses selbste biographische Werk besonders aus.

Die freien Berufe. Im besonderen: Die Anwaltschaft. Versuch einer allgemeinen Kulturwirtschaftslehre. Von Sigbert Feuchtwanger. (München, Dunder u. Humblot.) — Die Theorie der Kulturwirtschaft ist im wesentlichen eine Theorie der freien Berufe, nämlich der Berufe der Menschen, die als Verwalter eines Sozialamts Kulturgüter erzeugen. Feuchtwanger beleuchtet eingehend und grundlegend ein Hauptproblem der freien Berufe, das Beziehungsverhältnis zwischen idealen und materiellen Daseinsgrundlagen. Er erörtert hieran anschließend das Problem des Standes, der die Gemeinschaft der Berufsgenossen darstellt, die in Erfüllung einer sozialen Aufgabe verbunden sind. In der Kulturwirtschaftspolitik, die den schaffenden Menschen voll Achtung vor der Irrationalität der schöpferischen Persönlichkeit zu beweisen sucht, befaßt sich Feuchtwanger mit den Fragen der Auswahl, der Erziehung und Hochhaltung der freien Berufe und mit ihren sozialen Grundbedingungen. Der zweite, umfassendere Teil des Werkes beschäftigt sich mit dem Anwaltsberuf im besonderen. Feuchtwanger entwirft auf wissenschaftlicher Grundlage ein neu aufzurichtendes Gebäude der Anwaltschaft, das in einem System von Anwaltsgenossenschaften seine Krönung findet. Das anregende Werk bestätigt selbst den Satz: „Staat und Wirtschaft brauchen den Juristen, aber nur dann, wenn er nicht nur Jurist ist.“

Alexander von Gleichen-Ruhwurm: Liebe. Eine Kritik der vertriebenen Liebe. (Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart.) — Witten in unseren Zeiten namenlosen Gaffes erscheint dieses Buch über Liebe und erzählt trotz dem Lärm des Marktes von den Liebesleiden aller Zeiten. Angefangen mit einem Liebeslied aus Ägypten, viele tausend Jahre alt, gibt es die Liebeslitten und den Ausdruck der Liebe zu allen Zeiten bis zu den großen erlebten Romanen, die so vielen unserer Großtaten beschreiben waren. Nicht kühl und medizinisch, nicht parteipolitisch und doktrinär, wie heute meist an die Liebe herangetreten wird, nicht herablassend und spielerisch, sondern mit tiefer Ehrfurcht wird diese Frage berührt, mit warmem Dichtertum im Namen aller Dichter, in Erinnerung an alle Dichter, an alle großen Krümer, die echte Freunde der Menschheit waren, weil die Liebe sie belehrte.

Colin Ross: Der Weg nach Osten. Reise durch Rußland, Ukraine, Transkaukasien, Persien, Buchara und Turkestan. Etwa 320 Seiten mit 49 Abbildungen und einer Karte. (Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.) — Überaus vielfältig sind die Bilder, die sich dem geübten Bild des Verfassers bieten, auf seinem weiten Weg durch Rußland in die Welt des Islam. Überall breitet sich der uralte Orient, mit seiner sinnenden Ruhe, mit seiner blendenden Sonne, in der die herrlichen Bauten aller Zeiten in Mädchenfarben erstrahlen, aber auch mit seinen Stürmen, die Städte und Länder durch Wüstenland verschütten. Vom Grab Amerlians, des Begünstigers Afriens, aus Samarland, kehrte der Verfasser zurück zum Kreuz, zum Symbol des russischen Geistes. Jedes der 53 Kapitel festelt in gesteigerter Spannung und bringt reichen, geistigen Gewinn.

Groß steigt das werdende Rußland vor uns auf mit den unter dem Sowjetmantel vereinigten verschiedenartigen Ländern, größer noch formen sich die Umrisse des kommenden

Affens. Alle, Russen wie Mohammedaner, schauen mit Sehnsucht danach aus, daß das deutsche Volk seine Zeiten verstehen lerne, daß wieder wie einst deutscher Unternehmungsgeist, deutsche Wirtschaft und Technik in gewinnbringender Mitwirkung die Reichtümer des Landes nutzen helfen. Die tiefen Einblicke, die der Verfasser in scharfen, padenden Zügen, fernab von jeder Parteierichtigkeit, gewährt, leben in den Stand, die lange verschleierte wahre Wahrheit zu erkennen und den bisher verkehrten Weg nach Osten zu klären.

Alfred Kerr: New York und London. (E. Fischer, Verlag, A. G., Berlin.) — Alfred Kerr zeigt hier als ein Maler die zwei grandiosen und heute für uns wichtigsten Siedlungen dieser Welt (die er als erster deutscher Schriftsteller nach dem Kriege aufgesucht hat) in ihrem neuen Zustand. — Innerhalb dieser Welt der jehigen New York: neuer Lichtsinn, Mammutreichtum, Geschäftigkeit, Böse, Hotelwesen, Zeitungswelt, Amerika-Deutschum, die Stadt unter der Stadt, Verdende Kunst — und er vernichtet den albernsten Bann von der „Seelenlosigkeit“ der Neuen Welt. — Zweiter Teil: das jehige England, seine Denkmale, Kleider, Speisen, Sport, die Stellung zu uns, Birmingham, Oxford, Schloßer, Dome, Schafsheepes Gau, Wales, Schottland — und die neue Seele des heutigen Engländer. In 20 Kapiteln erscheint ein gigantischer Umriß, doch bis ins letzte gestuft. Aus ihm klingt die lebensstrenge, lebensheitere Musik praktisch-fabelhafter Wirklichkeiten.

## Staatsanzeiger.

**Bekanntmachung.**  
Das argentinische Konsulat in Mannheim betr.  
Nachdem dem zum argentinischen Konsul in Mannheim ernannten Herrn Edmundo Lagos namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.  
Karlsruhe, den 25. Mai 1923.  
Badisches Staatsministerium.  
Memmel. Fischer.

**Bekanntmachung.**  
Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.  
Zum Unterwollmächtigen des Regierungskommissars gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten obigen Verkehrs vom 17. April 1923 (RMBl. S. 251) wurde für das Gebiet des Freistaates Baden Obergerichtsrat Dr. Wark im Ministerium des Innern hier ernannt.  
Karlsruhe, den 28. Mai 1923.  
Der Minister des Innern.  
Memmel.

Der Münsterbauverein Überlingen und dem Münsterbauverein Bressau wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer gemeinsamen Gedächtnisfeier erteilt.  
Karlsruhe, den 25. Mai 1923.  
Der Minister des Innern.  
Memmel. Schmidt.

Der Münchener Künstlergenossenschaft und dem Verein bildender Künstler „Sezession“ in München wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.  
Karlsruhe, den 25. Mai 1923.  
Der Minister des Innern.  
Memmel. Schmidt.

## Personeller Teil.

**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.**  
Verfetzt:  
Polizeiwachtmeister Karl Tempel in Mannheim nach Pforzheim und Polizeiwachtmeister Josef Leher in Mannheim zum Bezirksamt Konstanz.  
Zurückgesetzt:  
Maschinist Eduard Siegemann in Baden.  
Ministerium des Kultus und Unterrichts.  
Ernannt:  
Handelslehrkandidat Josef Schneider an der Handelschule in Karlsruhe zum Handelslehrer daselbst.  
Zurückgesetzt:  
Direktor G. Baumann an der Urmacherschule Furtwangen auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.  
Justizministerium.  
Auf Zulassung verzichtet:  
Rechtsanwalt Edwin Schulin beim Landgericht Konstanz und Amtsgericht Donaueschingen.

**Badisches Landestheater.**  
Mittwoch, 30. Mai. 7-9<sup>1/2</sup> Uhr. Sp. I 5000 M.  
Abonnement A 22.  
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701-900 und 1301-1400.  
Zum erstenmal:  
**Bürger Schippel**  
Komödie in 5 Aufzügen von CARL STERNHEIM

**Einladung**  
zu der  
**17. ordentlichen Hauptversammlung der Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.**  
am Montag, den 11. Juni 1923, abends 8 Uhr, im Saale der Restauration zum „Grünen Baum“ in Klein-Hüppurr.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Revisionen.  
3. Genehmigung der Bilanz und Jahresrechnung.  
4. Entlastung des Vorstandes.  
5. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.  
6. Satzungsänderung.  
7. Anträge und Wünsche der Mitglieder.  
Nur Mitglieder haben Zutritt. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung liegt in der Geschäftsstelle auf.  
Der Aufsichtsrat.  
E. Trautmann, Regierungsrat.

**4% Schuldverschreibung vom Jahre 1911 der Kraftwerk Rheinau, Aktiengesellschaft, früher Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft, Aktiengesellschaft Mannheim.**  
Gemäß § 4 Absatz 2 der Anleihebedingungen vom 16. Oktober 1911 kündigen wir hiermit die ausstehenden Stücke, zur Heimzahlung am 1. September 1923. Die Stücke gelangen zum Nennwert zur Rückzahlung. Die Verzinsung der Anleihe hört am 1. September 1923 auf. Die Stücke sind mit den Erneuerungscheinen und Zinscheinen einzureichen. Die Rückzahlung erfolgt durch die Gesellschaftskasse in Mannheim, sowie durch die auf der Rückseite der Zinscheine angegebenen Banken.  
Mannheim, den 28. Mai 1923.  
Kraftwerk Rheinau Aktien-Gesellschaft.

**Verfügbene Bekanntmachungen.**  
**Tarifierhöhung.**  
Zum 1. Juni 1923 treten bei unseren Nebenbahnen Albtal-, Bruchsal-Hilsbach-Wenningen, Böhretal-, Neckar-Rohrbach-, Neckar-Rohrbach-Hilsbach-, Neckar-Rohrbach-Waldenloh Tarifierhöhungen in Personen-, Gepäck-, Express-, Milch-, Tier- u. Güterverkehr in Kraft, über die unser Verkehrsbüro Auskunft erteilt. Die Richtpreisbildung der in § 6 Ziffer 5 der Eisenbahnverkehrsordnung vorgesehenen Veröffentlichungssätze ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt.  
Karlsruhe, 25. Mai 1923.  
Bad. Lokal-Eisenbahnen A. G.

**Bekanntmachung.**  
Lokalbahn Mühlheim-Badenweiler.  
Mit Wirkung ab 1. Juni 1923 treten im Personen-, Gepäck- und Güterverkehr Tarifierhöhungen in Kraft. Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen. B.497  
Badenweiler, den 26. Mai 1923.  
Betriebsleitung der Mühlheim-Badenweiler Eisenbahn - Aktiengesellschaft.

**Ruhholzversteigerung.**  
Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig in fünf Losen folgendes Ruhholz: S.349  
Los I. 31 Eichen I. II, III, und IV. Klasse mit 60,46 fm.  
Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.  
Los III. 51 Buchen I. II, III, und IV. Klasse mit 102,27 fm.  
Los IV. 88 tann. Stämme und Abschnitte I, II, III, und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.  
Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I, II, III, und IV. Klasse mit 180,58 fm.  
Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche Angebote wollen in Prozentsätzen der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.  
Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Binninger, Bürgermeister.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
Freiwillige Gerichtsbarkeit.  
S. 372, 321. Inneere Gesellschaft ist aufgelöst, Herr Verthold Kaufmann in Mannheim als Liquidator bestellt. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden.  
Mannheim i. B. / Mannheim, L. 8, 1. 22. Mai 1923.  
Weinheimer Ölwerke & Spelzfabrik, G. m. b. H. in Liquidation.  
Der Liquidator: Verthold Kaufmann.